

Zeitschrift: Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 98 (2013)
Heft: 3

Rubrik: International

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND**Religionsunterricht für Scheidungskinder «zutraglich»**

Das Kölner Oberlandesgericht hat entschieden, dass katholischer Religionsunterricht dem Wohl von Kindern konfessionsfreier Eltern «zutraglich» sein soll. Ein konfessionsfreier Vater hat dies im Scheidungsstreit für das bei der ebenfalls konfessionsfreien Mutter lebende Kind erstritten. Das Gericht stellt sich damit gegen die gelebte Realität einer mehrheitlich kirchenabstinenten Gesellschaft und befördert zudem Scheidungsstreitigkeiten.

Der Islam gehört nun offiziell zu Deutschland

Die Ahmadiyyas erhalten als erste muslimische Gemeinde den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Damit ist sie auf Augenhöhe mit den christlichen Kirchen und der Jüdischen Gemeinde. Die Ahmadiyya-Gemeinschaft hat in Deutschland 35'000 Anhänger in 240 Gemeinden.

Kirchliches Arbeitsrecht vom Bundesarbeitsgericht anerkannt

Ein Austritt aus der katholischen Kirche rechtfertigt nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts die ausserordentliche Kündigung eines langjährigen Mitarbeiters der Caritas. Die Richter stärkten damit das gesonderte Arbeitsrecht der Kirchen, das von den Mitarbeitern besondere Loyalitätspflichten verlangt. Zuvor hatte auch schon das Landesarbeitsgericht Stuttgart die Entlassung des Sozialpädagogen (60) als rechtmässig bezeichnet und auf das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen verwiesen. Dieser erwägt eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe.

FRANKREICH**Kurse über säkulare Moral an Volksschulen**

Ab 2015 sollten Schüler mindestens eine Stunde pro Woche und die Gymnasiasten mindestens 18 Stunden pro Jahr Kurse über «säkulare Moral» erhalten. Der Unterricht soll auf die Verbreitung der «Werte der Republik», aber nicht einer «Staatsmoral» gerichtet sein. «Laizistische Moral ist das Gegenteil von Staatsräson», weil «jeder Bürger sich frei sein Urteil bilden müssen kann», sagte Bildungsminister Vincent Peillon: «Eine

Hamed Abdel-Samad bedroht!

Ägyptische Islamisten haben den auch hierzulande aus diversen TV-Debatten bekannten und geschätzten deutsch-ägyptischen Politologen und Autor zum Ungläubigen erklärt und seine Ermordung gefordert. Mitte Juni ist er untergetaucht. Zuvor hatte er in Kairo einen Vortrag über religiösen Faschismus im Islam gehalten.

Danach begann im Internet eine Hetzkampagne, auf Facebook erschienen gar mehrere Seiten mit Fotos, auf die «Wanted Dead!» geschrieben war.

Ein Führer der militant-islamistischen Bewegung Gamaa Islamija und ein Rhetorikprofessor an der Azhar-Universität in Kairo haben zudem im TV-Kanal Al-Hafez die ägyptischen Muslime aufgerufen, Abdel-Samad, den Apostaten, zu töten.

Auf Druck der Giordano Bruno-Stiftung und der internationalen Protestwelle hat Facebook tags darauf die Seiten mit den Mordaufrufen gesperrt, und die deutsche Bundesregierung hat die ägyptischen Behörden aufgefordert, sich von den Mordaufrufen unmissverständlich zu distanzieren und die Sicherheit von Hamed Abdel-Samad zu gewährleisten.

Die FVS hat Bundesrat Burkhalter aufgefordert, sich ebenfalls für die Sicherheit von Abdel-Samad in Ägypten einzusetzen.



demokratische Gesellschaft kann nicht nur in Angst vor der Polizei leben, sondern mit dem, «was von innen kommt, dass wir in uns tragen, das was man Moral nennt».

ÖSTERREICH**Kreuze an Volksschulen entfernt**

An einer Volksschule in Wien sind nach dem Protest der Mutter einer Schülerin die Kreuze in allen Klassenzimmern entfernt worden, wie die Initiative «Religion ist Privatsache» bekannt gab. Die Frau hatte das Kreuz laut der Aussendung als religiöse Bevormundung empfunden. An der betreffenden Schule sind weniger als 50 Prozent der Schüler «als Christen gemeldet». Im Schulgesetz sind solche Fälle nicht genau geregelt.

Seite 6 >> «Biffez le culte de la vie publique!»

zu richten, auf deren saubere Trennung zu achten ist. Ebenso soll die unterschwellige gegenseitige Liebedienerei von Wirtschaftsführern und hohen Klerikern aufgedeckt und zur Diskussion gestellt werden.

Aus meinen eigenen Erinnerungen tauchten die Audienzen der beiden Sandoz-Grössen Moret und Vasella auf, von denen bei den jeweils amtierenden Päpsten je ein Tête-à-tête durchgesiekt ist.

Von einem kurzzeitigen Gegröle hinter den letzten Reihen der Zuhörer liess sich niemand beeindrucken. Es erinnerte aber alle Anwesenden an die Verletzlichkeit unserer Gruppe – wir sind wirklich die Spitze einer Bewegung, die sich ihrer selbst erst noch bewusst werden muss, um ihre Durchsetzungskraft wirklich entfalten zu können.

In der Grussbotschaft der Italiener wurde das elsässische Konkordat zum kurialen mit dem italienischen Staat Mussolinis in Beziehung gesetzt. Beide sind, wie die weiteren zwölf in Westeuropa noch existierenden Konkordate, Verletzungen des Politischen, des öffentlichen Rechts. Die Unterzeichner sprechen den Betroffenen das Recht ab, Rechte zu haben.

Demgegenüber hat nach unserem Verständnis der Staat den Rahmen zu schaffen, in dem jedem der Weg zur eigenen Freiheit ermöglicht werden kann.

Der belgische Vertreter riet dazu, als «Philosophie-Kurse» getarnten Historismus der Religionen eingehend zu prüfen: Was als «Kompromiss», «Kompromiss» angeboten wird, kann sich leicht als «Kompro-mission», als «Kompro-Missionieren» herausstellen.

Marc Blondel rief die Anwesenden auch dazu auf, den Stimmberechtigten die von den klerikal beeinflussten Parteien geschürte Angst vor dem Verlust der erreichten Sozialstandards zu nehmen. Diese sind ausnahmslos gegen die Verteidiger des Gottesgnadentums durchgesetzt worden, auch wenn dessen Apostel ohne Erröten behaupten, sie hätten diese Arbeit geleistet.

Den Schlusspunkt setzte Blondel mit dem Aufruf, die heute gezeigte Präsenz dieses offiziell bewilligten Anlasses über die Sektionen in die Regionen, dabei besonders ins Elsass-Lothringische, hinauszutragen: «Weder Elsässer noch die Franzosen in den anderen Departementen sollen gezwungen werden, religiöse Organisationen über Steuern zu unterstützen.»

«Europäisches Koordinationsbüro für freies Denken»

Nach der öffentlichen Veranstaltung lud die FNLP Interessierte zu einer Sitzung ein, an der gemäss Communiqué der FNLP beschlossen wurde, ein «Europäisches Koordinationsbüro für freies Denken» zu gründen, welches gemeinsame Aktionen für die Laizität, die Meinungsfreiheit und die Trennung von Staat und Kirche initiieren soll. Als Erstes wird eine Grundsatzerklärung verfasst und zur Ratifizierung an alle Freidenkerorganisationen in Europa versandt. Zudem will das Büro beim Präsidenten der Europäischen Kommission vorstellig werden und Widerspruch einlegen gegen die gemeinsame Erklärung der EU und der islamischen Organisationen zur Ahndung des Tatbestands der Blasphemie. ■